

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 2

Artikel: Nach den Wahlen in den deutschen Bundestag : neuer Kurs mit Lafontaine?
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340464>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ich halte nicht allzuviel von langfristigen Szenarien, solange wir unsere gegenwärtigen Probleme nicht lösen. Vielleicht wird man nach dem nächsten Inflationsschub ganz anders über die AHV reden. Sie schneidet jedenfalls nicht nur in Sachen Leistungen, sondern auch bezüglich der vielgehassten Bürokratie besser ab als die 2. Säule, und das könnte vielleicht auch einmal den Unternehmern in der Schweiz zu denken geben.

¹ Botschaft des Bundesrates zum BVG, 1975, S.11

² Vgl. P. Bürgisser-Peters: Verteilungswirkungen der staatlichen Al-

tersvorsorge in der Schweiz, Basel 1982, S. 53ff.

³ Vgl. Rudolf Rechsteiner: Auswirkungen der obligatorischen 2. Säule aus der Sicht des Versicherten – eine ökonomische Analyse aktueller Probleme der beruflichen Vorsorge, Diss. Basel 1986 (erscheint im Sommer)

⁴ Vgl. W. Schweizer, Die wirtschaftliche Lage der Rentner in der Schweiz, Bern 1981, S. 64

⁵ Vgl. Rudolf Rechsteiner: Aktuelle Probleme der wirtschaftlichen Alterssicherung in der Schweiz und Lösungsvorschläge für die Zukunft, Lizentiatsarbeit Basel 1981, S. 32. Modellrechnungen ergeben, dass der AHV-Maximalrentner mit durchschnittlicher Lohnentwick-

lung und mit dem dazu gerade notwendigen Mindesteinkommen seine Rente im Falle einer Einzelrente nur gerade zu 22 Prozent aus eigenen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen finanziert hat.

⁶ Tips für eine versichertenfreundliche Gestaltung des Pensionskassenreglements finden sich in: R. Rechsteiner, H.U. Stauffer: «Pensionskasse: Das Beste daraus machen!», Unionsverlag Zürich 1986

⁷ Vgl. Rudolf Rechsteiner: Eigentumsverhältnisse und Wohnqualität – Wie beeinflusst das BVG den schweizerischen Wohnungsmarkt? Referat, gehalten am Fachseminar des Bundesamtes für Wohnungswesen «Investorenverhalten auf dem schweizerischen Wohnungsmarkt» vom 21.3.1985

Nach den Wahlen in den deutschen Bundestag

Neuer Kurs mit Lafontaine?

Analyse und Ausblick von Horst Hartmann

Der kälteste, kürzeste und zugleich spannungsloseste Wahlkampf der Bundesrepublik fand im Januar statt. Trotz einer erstaunlichen Aufholjagd der SPD in den letzten Wochen konnte die konservative Koalition nicht abgelöst werden. Peter Glotz räumte ein, das Ergebnis wäre «besser ausgefallen, als wir befürchtet hatten».

Mit 37,0% konnte die SPD ihre Stammwähler mobilisieren, ohne jedoch Gewinne zu verbuchen. Die CDU/CSU blieb zwar stärkste Partei, aber sie erhielt einen deutlichen Dämpfer mit 44,3%. Das ist das schlechteste Wahlergebnis seit 1949! 740 000 CDU-Anhänger blieben der Wahl fern, 830 000 wanderten von der Union zur FDP ab, 390 000 CDU-Wähler entschieden sich für die SPD, der 140 000 FDP-Stimmen zufielen, bei einem Verlust von

600 000 Stimmen an die Grünen.

Der Einbruch der Union ist eine ernste Warnung an die Adresse der Regierung. Das Wahlergebnis deckt die Führungsschwäche des überheblich auftretenden Helmut Kohl auf, dessen grösste Fähigkeit darin besteht, in sämtliche herumstehenden Fettnäpfchen zu treten. Undenkbar, dass die Union 1991 noch einmal mit diesem Pfälzer Schmalspurdenker antritt. Kohl war in der Schlussphase des Wahlkampfes nicht fähig, die selbstmörderischen Angriffe des entfesselten Strauss auf die Entspannungspolitik zu bremsen.

Ein weiterer Grund für die Enttäuschung der Union ist das Verhalten der Bauern. Die um ihr Überleben bangenden Landwirte dürften die Hoffnung aufgegeben haben, unter der EG zu überleben.

Verluste in den Hochburgen

In den einstigen Hochburgen wie Hamburg, Stuttgart, Frankfurt und München verlor die SPD über dem Bundesdurchschnitt beträchtlich. Dagegen erzielte sie im Ruhrgebiet überdurchschnittliche Resultate. In Nordrhein-Westfalen führte sie mit 43,2% vor der Union mit 40,1%. Auch im Saarland sieht es gut aus. Die SPD erzielte dort 43,5% vor der Union mit 41,2%. Interessant erscheint ferner das Ergebnis in Niedersachsen. Die CDU lag dort mit 0,1% nur um die sprichwörtliche Nasenlänge vor der SPD mit 41,4%.

Obwohl die Union in ihrem zweiten Kernland nach Bayern in Baden Württemberg mit 46,7% klar vorne liegt, verlor sie sechs Prozent. Die Bundestagswahl 1987 lässt die anstehenden Landtagswahlen mit Spannung erwarten. In Rhein-

Wähleranteile der Parteien		
CDU/CSU	44,3%	-4,6
SPD	37,0%	-0,9
FDP	9,1%	+2,1
Grüne	8,3%	+2,5

Land-Pfalz hofft die Union mit 45,1% auf eine absolute Mehrheit. Die SPD erreichte im Land der Winzer 37,0%. In Hessen erscheint alles offen. Die Union kam auf 41,3%, die SPD als Regierungspartei auf 38,7%. Eine CDU-FDP-Regierung käme zurzeit auf 50,4%, die bisherige rot-grüne Regierung auf 48,1%. Wahlen stehen an in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bremen und Hessen. In Hamburg regiert zunächst noch die SPD-Minderheitsregierung. Die Bastionen Bremen, Hessen und Hamburg müssten zu halten sein. In Rheinland-Pfalz bleibt die Union Favorit, im meerumschlungenen Schleswig-Holstein ist alles offen.

SPD vor einem Kurswechsel

Die SPD wird nach den Worten von Hans-Jochen Vogel versuchen, die Aktivität in politischen Vorfeldorganisationen und Bürgerinitiativen zu verbessern. Im Gegensatz zu Johannes Rau hat Oskar Lafontaine bereits einen Tag nach der Wahl durchblicken lassen, er halte eine Zusammenarbeit mit den Grünen für möglich. Damit deutet sich bereits langfristig ein Kurswechsel in der SPD an, zumal mit einem vorzeitigen Ende der Ökobewegung nicht zu rechnen ist. Zunächst muss die hessische rot-grüne Koalition gehalten werden und sich nach Möglichkeit ein zweites derartiges Bündnis als erfolgreich erweisen. Nach einer der letzten Umfragen vor der Wahl bejahen 43% der SPD-Wähler

ein Bündnis mit den Grünen, 28% eine Koalition mit der FDP und nur 17% ein Zusammengehen mit der Union. Umgekehrt sprachen sich 85% der Grün-Wähler für ein rot-grünes Bündnis aus.

Wenn die SPD – und sie will es erklärtermassen nicht – zur Interessenvertretung der Industriearbeiterschaft schrumpft, könnte sie langfristig nur noch mit etwa 30% der Wählerstimmen rechnen. Die SPD muss deshalb in den kommenden Jahren neue Wähler in der Landbevölkerung, bei den berufstätigen Frauen, Technikern, Freiberuflern und Selbständigen mit mittlerem Einkommen gewinnen. Unmöglich erscheint das nicht.

Für das Huhn im Suppentopf

Auch der verantwortungsbewusste Staatsbürger ist nur ein schwacher Mensch, der die Welthandel danach beurteilt, ob es ihm selbst zufriedenstellend geht oder nicht. Die Mehrheit der Bundesbürger hat sich bei dieser Wahl für das Huhn im Suppentopf entschieden, für den Status quo unter einer nicht sonderlich geschickt dahinwurstelnden Regierung, unter der die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu stimmen schienen.

Die zu erwartende Beunruhigung angesichts eines drohenden Abschwungs ist von der Propaganda der Union bis zum Wahltag überspielt worden. Bei vielen Bürgern hat offensichtlich eine Verdrängung der Probleme stattgefunden. Die pessimistische Stimmung der Jahre 1981 bis 1984 verschwand auf Grund eines Rückzuges ins Privatleben. Ein gedämpfter Optimismus ersetzt zwar keine politische Analyse, hat aber zu einer gelassenen Betrachtungsweise geführt, die den Konservativen zugute kam.

Warner als Spielverderber

Alle unter der bisherigen Regierung ungelösten und aufgeschobenen Probleme wie Abrüstung, Umweltzerstörung oder Arbeitslosigkeit, haben die Wähler nicht zu einem Machtwechsel mit dem Stimmzettel veranlassen können. Das Hemd erwies sich näher als der Rock. Ausserdem besitzt jede Regierung Heimrecht, solange sich der Spiessbürger nicht aus seiner Bierruhe aufschrecken lässt.

Warner wirken da allzu leicht als Spielverderber. Die von der SPD in den Vordergrund gestellte soziale Problematik, die Hinweise auf die wachsende Armut in der BRD, erwiesen sich als nicht ausreichend, um das Ruder herumzureissen. Die alles entscheidende Hürde war aber die nüchterne Erkenntnis, dass die SPD im Alleingang nicht die Mehrheit erzwingen konnte und der tapfer und fair kämpfende Johannes Rau von vornherein auf verlorenem Posten stand.

In einer glücklichen Lage befand sich dagegen die FDP, trotz ihrer recht farblosen Ministergilde, wenn man von Hans-Dieter Genscher absieht. Aufgrund der massiven Angriffe der chauvinistischen CSU, mit ihrer Forderung nach einer anderen Aussenpolitik, bekam die FDP Auftrieb. Und da selbst CDU-Wähler nicht unbedingt eine denkbar gewesene Unionsmehrheit für wünschenswert hielten, war die FDP gerettet.

SPD ohne verlässlichen Partner

Doch zurück zur SPD. Ihr fehlt nach wie vor im jetzigen Vier-Parteien-System ein verlässlicher Koalitionspartner. Die Grünen haben zwar lange vor der Wahl eine Zusammenarbeit angeboten, sie aber mit unrealistischen Forderungen verknüpft, wie der nach soforti-

gem Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Dem SPD-Parteivorstand schien eine Koalition auf Bundesebene deshalb nicht realisierbar. Vermutlich wäre sie auch kaum von der Mehrheit der Bundesbürger ermöglicht worden.

Eine veränderte, wenn auch nicht berechenbare Situation wäre nur dann zu erwarten, wenn der drohende wirtschaftliche Abschwung zu einer verschärften Politisierung führen würde. Möglich, dass erst dann die von Willy Brandt als ungut bezeichnete Block- und Lagerbildung endet. Der Preis dafür könnte aber auch eine neue, fünfte Partei der Neonazis sein.

Spitzenmannschaft fehlte

Wann die Bundestagswahl entschieden wurde, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Tatsache ist aber, dass sich nach der nur knapp verlorenen Niedersachsenwahl ein Stimmungsumschlag zuungunsten der SPD bemerkbar machte. Unmittelbar nach dem Schock von Tschernobyl wäre eine sozialdemokratische Regierung in Hannover nach dem Eingeständnis der CDU wahrscheinlicher gewesen.

Ein deutlicher Nachteil bestand auch darin, dass die SPD keine Spitzenmannschaft aufstellen konnte oder wollte. Es fehlte vor allem ein renommierter Wirtschaftsexperte. In der Popularitätsstatistik lag Johannes Rau im Januar erst an sechster Stelle, Anke Fuchs an achter, Volker Hauff an elfter, Hans-Jochen Vogel an zwölfter und Oskar Lafontaine an dreizehnter Stelle unter insgesamt zwanzig Politikern.

Auch die Kompetenz für einzelne Sachgebiete fiel zugunsten der CDU aus, nämlich bei der inneren Sicherheit, Wirtschaft, Preisen, Stabilität. Der SPD blieben die soziale Gerechtigkeit, Ostpolitik und Abrüstung.

Die günstige, wirtschaftliche Lage kam der Union zugute, weil die warnenden Anzeichen für eine Verschlechterung von den Wählern nicht mehr wahrgenommen wurden, zumal sie die SPD relativ spät aufgriff. Dennoch – die für die Union gefährlichste Anzeige war nicht die SPD-Aufforderung «die soziale Kälte weg wählen» – trotz des Hinweises auf den Sozialabbau von 200 Milliarden Mark –, sondern die Alarmmeldung über die «Konjunkturlüge». Der Informationsdienst meldete am 8. Januar 1987 die «Hiobsbotschaft» aus den Exportbranchen von der zu erwartenden «Kurzarbeit».

Industrie spendete 100 Millionen

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat auf die verdeckte Wahlwerbung der Industrie nachdrücklich hingewiesen. Schätzungsweise 100 Millionen D-Mark haben Verbände im Vorfeld des Wahlkampfes für Grossanzeigen ausgegeben. Fraktionschef Hans-Jochen Vogel sprach von einer «neuen Form der Parteienfinanzierung». Wie zu erwarten, haben die Betroffenen jeden Zusammenhang zwischen politischer Industrierwerbung und Wahlkampf zurückgewiesen. Der CDU-Slogan «Weiter so, Deutschland» habe mit dem «Weiter so» der Metall-Arbeitgeber angeblich nichts zu tun. Bei nüchterner Betrachtung lässt sich nicht behaupten, dass mit der Anzeigenkampagne die Wahl entschieden worden ist. Aber der Millionen-Feldzug kann zumindest bei politisch indifferenten Bürgern eine diffuse, unbestimmte Zufriedenheit erzeugt haben. Für die Linke bewies das wieder einmal die Interesseneinheit von Banken, Industrie und bürgerlichen Parteien.

Eine unrühmliche Rolle spielte, wie nicht anders zu erwarten, die Münchner Sprechmaschine Franz Josef Strauss. Er verstieg sich unmittelbar vor der Wahl zu der Behauptung, dass die SPD «Deutschland zum drittenmal in diesem Jahrhundert ins Unglück stürzen» würde, wenn sie die Wahl gewinnt. Eine Rot-Grüne-Koalition bedeutete den «Niedergang» der Bundesrepublik. Peter Glotz hat Strauss postwendend in den Senkel gestellt und auf den «Niedergang der politischen Rhetorik und politischen Kultur» eines «hemmungslosen Politikers» verwiesen. Glotz liess sich die Gelegenheit nicht entgehen, auf die Geschichte der Weimarer Republik zu verweisen. Ins Unglück gestürzt haben die Weimarer Republik Industriekreise, konservative und christliche Politiker als Steigbügelhalter Hitlers. Glotz erinnerte auch an die Worte des ehemaligen Finanzministers Alex Möller: «Diejenigen, die diese beiden Weltkriege und die darauffolgenden Inflationen zu verantworten haben, stehen ihnen (gemeint ist die Union) näher als der SPD.»

A propos Strauss. So aggressiv er braune Instinkte in Wahlversammlungen hochkitzelte, so feige hat er sich stets den Rückzug freigehalten. Auf jeden aggressiven Halbsatz folgte eine Formel, mit der er sich vom NS-Staat distanzierte.

Die Zaungäste jenseits der Elbe

Wie bei jeder Bundestagswahl sollte man die Zaungäste östlich der Elbe nicht vergessen. Auch dann nicht, wenn die überhebliche Auffassung der CDU an der Realität vorbeigeht, die Deutschen in der DDR wären froh, wenn sie mitwählen könnten. Ob und in welchem Umfang sich DDR-Bürger für westliche Parteien entscheiden würden und wie hoch der Anteil an

SED-Stimmen wäre, weiss nämlich niemand.

Fest steht, dass die Mehrheit der Bürger sich mit den Leistungen der DDR weitgehend identifiziert und von einer Opposition zur Staatspartei nur bei einer Minderheit gesprochen werden kann. Parteien der BRD werden daran gemessen,

ob sie durch Verhandlungen mit der SED-Führung menschliche Erleichterungen erreichen. Da die Regierung Kohl-Genescher in den vergangenen vier Jahren die innerdeutsche Politik pragmatisch anging und 1986 die Zahl der Westbesuche zunahm, hat die CDU einige Sympathien gewonnen, obwohl der grösste Teil der DDR-Bürger noch immer deutliche Sym-

pathien für die SPD zeigt, ohne die eine Entspannungspolitik nicht eingeleitet worden wäre. Viele Bürger in der DDR sind übrigens der Meinung, dass die SED Kohl bei nächster Gelegenheit die Bemerkung über angebliche KZ-Lager in der DDR heimzahlen wird. Derartige Diffamierungen stärken im übrigen nur die Solidarität zwischen Bürgern und Staat.

Die Zukunft der menschlichen Sexualität

AIDS und kein Ende

Von Walter Vogt

Tiere haben es besser, sofern man sie als Tiere leben lässt, sie haben eine Sexualität, aber sie wissen es nicht, denken nicht darüber nach, entwickeln keine Schuldgefühle, wenn es so etwas wie Gebärneid oder Penisneid bei Tieren gibt, dann bestimmt aus aktuellem Anlass, nicht als lebenslängliches, bedrückendes, das Leben zerstörendes Problem. Wer eine glückliche Katze will, sagt man, soll sie wenigstens einmal Junge austragen lassen, anschliessend kann man die Kätzin unterbinden oder kastrieren, sie wird trotzdem bleiben, was sie ist, ein ursprünglich afrikanisches Wüstentier, ein freiwilliges Haustier, das sich in seinem unerschöpflichen Spieltrieb, seiner grenzenlosen Fähigkeit zu Zärtlichkeit dem einzigen Partner angeschlossen hat, der in mancher Hinsicht mehr als ein Artgenosse bietet, dem Menschen, uns.

Tiere haben auch Aids, Katzen zum Beispiel oder die berühmten gewordenen Grünen Meerkatzen, aber sie wissen es nicht, haben keine Schuldgefühle, brauchen sich keine Gedanken zu machen, dass sie für ihre *Lovers* möglicherweise ansteckend sind, denken nicht ununterbro-

chen entweder an den unaufhaltsamen Fortschritt oder dann gleich an den unvermeidlichen Untergang des Katzensgeschlechts, des Grünen Meerkatzensgeschlechts, weder Katzen noch Meerkatzen ahnen, soviel ich weiss, etwas von dem so grandiosen wie verhängnisvollen Zusammenhang von Liebe und Tod, Liebe und *Sexualität* und Tod – ihre Beziehungspuffs sind im allgemeinen streng ritualisiert, führen kaum je zum Tod des Rivalen, zu einem Selbstmord vermutlich nie. Eine testpositive, seropositive Katze weiss nichts von ihrem Befund, braucht darunter nicht zu leiden, steht keine Todesangst aus, wird nicht gesellschaftlich verfemt, ausgestossen, isoliert, Katzen und Meerkatzen vereinsamen nicht so schnell.

Man mag den Gedanken zynisch, fortschrittsfeindlich, meinetwegen sogar menschenfeindlich finden, aber ich frage mich, wie viel glücklicher wären wir doch, hätten wir weder das Virus noch den Test – wir würden, wie ganz im Anfang, als die Krankheit auftrat, vor einem Syndrom stehen, einer Immunschwäche, die prozentual viele Fixer betrifft, aber Fixer leben im Allge-

meinen ungesund und riskant, dann merkwürdigerweise die Schwulen, die sich doch oft durch ein eher hohes, sogar übertriebenes Gesundheitsbewusstsein auszeichnen, man würde sich fragen, ist es *Poppers*, die Droge, die fast ausschliesslich in der Jugend- und Schwulenszene genommen wurde, oder wird, oder haben die Schwulen, ängstlich auf Gesundheit, gutes und jugendliches Aussehen bedacht, wie es die eisernen Gesetze der *Szene* von einem jeden verlangen, sonstwie zuviele Drogen, Medikamente geschluckt, Abmagerungsmittel zum Beispiel oder Anabolika wie die Bodybuilders, die sich damit oft bleibenden Schaden zufügen, oder Antibiotika oder was immer sonst, Tranquilizer, Schmerzmittel oder einfach «etwas gegen die Depression». Allmählich würde das Syndrom, dessen Ursache niemand kennt, nach dessen Erreger man vergeblich geforscht hätte, auf die normale vorwiegend heterosexuelle Bevölkerung übergreifen, der unbestimmte Verdacht, es könnte sich um eine sexuell übertragbare Krankheit handeln, würde fallengelassen, denn die norma-